



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel : (Vom 22. bis 28. Mai)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Reichs Spiegel

(Vom 22. bis 28. Mai)

### Innere Politik

Die elsäß-lothringische Verfassungsreform unter Dach — Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem — Ein Reichsoberhaus — Versagen der Deutsch-konservativen — Sieg des Revisionismus

Nach langwierigen, oftmals unterbrochenen und wiederholt als gescheitert angesehenen Verhandlungen ist die elsäß-lothringische Verfassungsreform so weit gediehen, daß sie nur noch der Bestätigung durch den Bundesrat und der Veröffentlichung im Reichsanzeiger bedarf, um Gesetz zu werden. Die vielfach veränderte Vorlage der Regierung ist am Sonnabend, den 27. Mai, durch den Reichstag in dritter Lesung mit 211 gegen 93 Stimmen, bei 7 Stimmenthaltungen, endgültig genehmigt worden. Die in den Grenzboten vertretenen Anschauungen sind somit unterlegen, und wir sind genötigt, das bekämpfte Gesetz als Bestandteil unseres verfassungsmäßigen Daseins zu achten und anzuerkennen. Tun wir solches auch, so bleibt uns dennoch die Pflicht, der Entwicklung der neuen politischen Verhältnisse in den Reichslanden erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Doppelt groß ist diese Pflicht, weil wir uns mit der Auffassung des Herrn Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Einbringung der entsprechenden Vorlagen in Widerspruch befinden. Es ist richtig, daß die Reichsregierung seit zehn und mehr Jahren im Reichstage nach der Verfassungsvorlage für Elsäß-Lothringen gefragt worden ist; aber es trifft nicht zu, wie Herr v. Bethmanns Ausführungen den Anschein erwecken, als bedeutete die Aufschiebung der Reform um ein weiteres Jahr eine Gefahr für das Reich. Gewiß, die politischen Zustände am Wasgau sind wenig erquicklich. Aber gerade deshalb war die Einleitung der Aktion zu ihrer Besserung nur in einem Augenblick am Platze, in dem die Regierung sich gut vorbereitet fühlte und zielbewußt aufzutreten vermochte, nicht in einer Zeit, wo die Regierung keinen Überblick darüber haben konnte, mit wessen Hilfe sie die Reform zustande bringen mußte, das will sagen, welches Gesicht die Reform im Reichstage annehmen würde. Die nationalen Mittelparteien, die für die Reform eintraten, waren höchlich und durchaus nicht angenehm überrascht, als ihnen die Absicht des Kanzlers bekannt wurde, die Angelegenheit noch durch den alten Reichstag erledigen zu lassen, eine Arbeit, die dem neuen wohl angestanden hätte. Doch die Regierung handelte unter dem Druck der Zentrumsparthei, mit der sie unter allen Umständen in Frieden leben will. Ich weiß nicht, ob der hierfür bezahlte Preis nicht doch viel zu hoch ist.

Es soll nicht darüber orakelt werden, wie die Dinge nunmehr in den Reichslanden laufen werden; ich glaube, daß, nachdem unsere im Dezember zum Ausdruck gebrachten Wünsche wegen des Wahlrechts und der Sicherstellung der deutschen Sprache Berücksichtigung gefunden haben, in den Reichslanden

selbst günstigere Verhältnisse Platz greifen werden, als sie heute bestehen. Um so zweifelhafter dürften die Rückwirkungen für die gesamte innere Reichspolitik werden. Um mich besser verständlich zu machen, sei es gestattet, ein wenig weiter auszuholen.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Politik des Fürsten Bülow anfänglich unbewußt, je mehr sie ihrem Ende entgegen ging immer bewußter und absichtlicher den Übergang zum parlamentarischen System vorbereitete. Fürst Bülow erkannte durchaus klar, daß die Entwicklung der Nation, ihre Wirtschaft und die starke Entfaltung aller geistigen und sittlichen Werte zu diesem politischen Ziel hinstrebten, und daß keine Macht der Erde befähigt sein würde, diesem Zuge Halt zu gebieten. Als kluger Staatsmann richtete Bülow sein Bemühen auch nicht auf das Unmögliche, sondern trachtete danach, den Übergang so wenig schroff als möglich und unter Erhaltung möglichst vieler autoritativer Momente, die mit der preussisch-deutschen Tradition verknüpft sind, zu bewerkstelligen. Dazu aber gehörte die Einigkeit der bürgerlichen Parteien und, nachdem sie im Block vollzogen schien, Erwerbung des nationalen Vertrauens für diese rechts gerichtete bürgerliche Mehrheit. Das zweite Experiment und damit der ganze kühne Plan scheiterte bekanntlich an der Kurzsichtigkeit und dem Egoismus des Großgrundbesitzes, soweit er hinter Herrn v. Heydebrand steht, gelegentlich der Reichsfinanzreform. Bülow wurde als Umstürzler verdächtigt und — beseitigt. Und doch hatte dieser „Umstürzler“ schon seit dem Jahre 1905 sehr weitgehende Vorarbeiten für die Einrichtung eines Reichsoberhauses getroffen, das Bildung und Besitz vor den von konservativer Seite befürchteten Schädigungen des Parlamentarismus bewahren sollte. Es besteht sogar ein bis in die kleinsten Einzelheiten ausgearbeiteter Gesetzentwurf, der im geeigneten Augenblick hervorgeholt werden sollte. Wir wollen uns nicht auszumalen versuchen, was geschehen wäre, wenn etwa die kommenden Wahlen unter den Losungsworten Parlamentarismus und Oberhaus ausgefochten werden könnten. Ich glaube, daß manche Sorge von den Regierenden ebenso genommen wäre wie von den Regierten.

Es ist anders gekommen. Der Parlamentarismus gewinnt Schritt für Schritt an Boden, doch nicht vorsichtig eingeführt von einer kräftigen Regierung, sondern geschoben und vorangestoßen von den demokratischen Parteien. Die Regierung des Herrn von Bethmann hat zu dieser Entwicklung ihren Segen gegeben durch die Art des Zustandekommens der elsäß-Lothringischen Verfassungsfrage. Daß es nicht gern geschieht, hat der Herr Reichskanzler selbst zugegeben. Er hat auch gesagt, warum er gezwungen wurde, das Gesetz zu nehmen wie es ist: weil er von der deutschkonservativen Partei im Reichstage im Stich gelassen wurde. Es ist dem Herrn Reichskanzler durchaus zuzustimmen, wenn er sich darüber beschwert und wenn er die Konservativen dafür verantwortlich macht, daß das Gesetz nicht besser geworden. Die Deutschkonservativen haben sich die Sache leicht gemacht. Da sie das ganze Gesetz nicht haben wollten,

streiften sie einfach, es dem Zufall überlassend, was wird. Und doch bestand ihre Pflicht, nachdem sich ein Scheitern des Gesetzes als unwahrscheinlich erwies, darin, in das Gesetz so viel von ihren Ideen hineinzuarbeiten, wie nur möglich. Taten sie das, dann handelten sie patriotisch und als wahre Stützen des Staates; da sie es ablehnten zu tun, handelten sie wie verzweifelte Spieler, die Haus und Hof fahren lassen und bei denen schließlich jede Empfindung für höhere Pflichten erstirbt. Herr v. Bethmann hat leider nicht die scharfen Worte gefunden, die am Platze gewesen wären, um das Gebaren der Herren um Heydebrand zu brandmarken. Im Lande draußen urteilt man schärfer, und das Vertrauen in die konservativen Führer, das bereits durch die Vorgänge seit der Reichsfinanzreform erheblich gelitten hatte, dürfte durch die Haltung der Fraktion in der elsass-lothringischen Verfassungsfrage einen weiteren kräftigen Stoß erhalten haben.

Den Nutzen aus dieser traurigen Situation zieht die Demokratie. Während die Konservativen die bisherige Taktik der Sozialdemokraten betreiben, schwenkte die sozialdemokratische Fraktion in den Weg zur positiven Mitarbeit, und während die Konservativen höhrend von einer Morgengabe aus der Hand der Sozialdemokratie an den Kaiser sprechen, stellen die Sozialdemokraten sich in Reih und Glied mit den bürgerlichen Parteien, um im Sinne der Regierung staaterhaltende Arbeit zu leisten. Das Zusammenstimmen der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien zugunsten eines Gesetzes, das nur sehr wenig ihrem Programm Rechnung trägt, bedeutet einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte, bedeutet aber auch für viele Gebildete eine Erschütterung mancher traditionellen Auffassung über die Partei. Und wenn bei den nächsten Wahlen die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten um einige dreißig zugenommen haben wird, dann darf sich die Leitung der deutsch-konservativen Partei das Verdienst daran in erster Linie zuschreiben. Daß wir uns mit unserer Anerkennung der Sozialdemokratie in der besten Gesellschaft befinden, beweisen die Ausführungen der Nordb. Allg. Ztg. vom Sonntag zu den Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung. Das dort der Minderheit gespendete Lob ist an die Sozialdemokraten gerichtet. G. Cl.

### Bank und Geld

Süddeutsche Bankkonzentration — Übermacht der Großbanken — Der Pfälzischen Bank Aufstieg und Ende — Nachteile der Zentralisation im Bankverkehr — Ungünstiger Einfluß auf den Geldmarkt — Anspannung der Reichsbank — Mittel zur Abhilfe

Die Konzentration des Großkapitals im deutschen Bankgewerbe schreitet unaufhaltsam weiter fort. Enger und enger ziehen die großen Konzerne die Maschen des Netzes, durch welches sie das provinzielle Bankgeschäft mit ihren Interessen verknüpft haben. Es dürfte schwer fallen, heute auch nur ein Duzend Institute von einiger Bedeutung aufzuzählen, die nicht in mehr oder weniger enger Form einer der Berliner Großbanken angegliedert und tribut-

pflichtig gemacht sind. Was außerhalb dieses Interessentkreises steht, hat so schwer um die Existenz zu kämpfen, daß die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit mehr einer Tat des Heroismus als der geschäftlichen Klugheit gleichkommt. An den vielfachen Zusammenbrüchen kleiner Provinzinststitute und Privatfirmen kann man deutlich verfolgen, wie die Geschäftspolitik der Großen allen Unternehmungen, die nicht zu ihnen gehören, den Lebensfaden unterbindet. Den Kleinen bleibt nur die Spreu der Geschäfte, riskante Kredite und unsichere Beleihungen, insbesondere gefahrdrohende Grundstücksgeäfte, die durch den hohen Zinsgewinn einen starken Anreiz bieten. Die Folgen bleiben nicht aus: starke Verluste zwingen zum Aufsuchen neuer Gewinne in doppelt risikoreichen Unternehmungen, bis wiederholte Fehlschläge dann den ganzen Bau insanken bringen. Diese Erfahrung, daß es gegen die geschäftliche Übermacht der Großen nicht gut ankämpfen ist, machen nicht etwa nur ganz wehrlose Institute. Prüft man den jüngsten Zusammenschluß der drei süddeutschen Banken Rheinische Kreditbank, Pfälzische und Süddeutsche Bank unter diesem Gesichtspunkte, so wird man leicht erkennen, daß für die Pfälzische Bank, ein Institut von 50 Millionen Kapital, das Aufgeben der Selbständigkeit nichts weiter als eine Kapitulation vor der Übermacht ihres Rivalen, der Rheinischen Kreditbank, und der hinter dieser stehenden Deutschen Bank bedeutet. Die Geschichte dieser Pfälzischen Bank ist sehr lehrreich. Hervorgegangen aus einer Kreditgenossenschaft, der Ludwigshafener Volksbank, hat sie während der neunziger Jahre, und zwar noch ehe die Konzentrationsbewegung begann, einen starken Ausdehnungsdrang befundet. Ihr Ehrgeiz war, die beherrschende Bank für die industriereiche und und wohlhabende Südwestecke Deutschlands zu werden. Sie errichtete daher Filialen über Filialen, kaufte Bankfirmen und Kreditgenossenschaften an einer großen Zahl pfälzischer, hessischer und bayrischer Plätze und vergrößerte ihr Kapital in schneller Folge, immer mit dem Hinblick, ihrem Hauptivalen, der Rheinischen Kreditbank, die ihr ursprünglich an Kapitalkraft und Geschäftsausdehnung nachstand, den Rang abzulaufen. In diesem Wettrennen hat aber schließlich die andere den Sieg davon getragen. Denn die Pfälzische Bank geriet in das Hintertreffen in dem Augenblick, wo die Deutsche Bank ihre mächtige Hand über die Rheinische Kreditbank ausstreckte. Die rasche, damals viel bespöttelte Ausdehnung der Pfälzischen Bank hatte dieser auch eine ganze Anzahl nicht unbedenklicher Engagements bei den übernommenen Firmen eingebracht. In ihren industriellen Unternehmungen war sie oft nicht glücklich beraten. Als daher die Krisis von 1900 eintrat, geriet die Bank in eine unerfreuliche Lage; starke Abschreibungen nötigten mit der Dividende auf die Hälfte herabzugehen. Von da ab war es mit dem Aufschwung vorbei, die Aktionäre mußten sich dauernd mit einem Gewinnerträgnis von nur 4 bis 5 Prozent begnügen, das Ausbessern der alten Schäden nahm der Bank alle Aktionskraft und führte doch nicht zu deren Beseitigung. So blieb denn keine Wahl; eine Annäherung an den Schaaffhausenschen Bankverein, die vor Jahren eingeleitet wurde, war zugleich mit der Interessen-

gemeinschaft Dresden-Schaaffhausen in die Brüche gegangen, und so mußte denn wohl oder übel der Anschluß an die ehemalige Konkurrentin gesucht werden, die mittlerweile so erstarbt war, daß sie fast über das doppelte Aktienkapital verfügte. Durch die erfolgte Vereinigung der beiden Institute, in welche die Süddeutsche Bank mit einbezogen wurde, entsteht eine Kapitalzusammenfassung von 150 Millionen Mark. Hätte man für diese Vereinigung den Weg der Fusion, der vollkommenen Verschmelzung, gewählt, so wäre ein provinciales Rieseninstitut entstanden, das selbst unter den führenden Großbanken nur von einigen übertroffen worden wäre. Eine solche Entwicklung hätte nicht im Interesse der Deutschen Bank gelegen, die darauf sehen muß, die Herrschaft in den Händen zu behalten, ohne so bedeutende Kapitalien zu investieren. Man zog daher die Bildung einer Interessengemeinschaft vor, indem man die üblen Erfahrungen, die Dresden-Schaaffhausen mit einer solchen gemacht hatten, durch weitgehende Personalunion der Leitung zu vermeiden suchte. Der schließliche Erfolg ist derselbe: der Machtbereich der Deutschen Bank erfährt eine neue ansehnliche Vergrößerung. Bedenkt man, daß die beiden jetzt vereinigten Banken über nahezu fünfzig Niederlassungen verfügen, die fast alle ursprünglich selbständige Unternehmungen und Bankgeschäfte waren, so kann man das Bedauern über diesen Entwicklungsgang nicht unterdrücken. Das Verschwinden so vieler wirtschaftlich berechtigter Einzelexistenzen ist ein beklagenswerter Nachteil, der durch die anderweiten Vorzüge einer umfassenden Organisation nicht ausgeglichen wird. Denn diese letzteren kommen nur dem Mutterinstitut und zwar auch nur mit einer gewissen Beschränkung zugute. Einheitlichkeit des Betriebs, Ersparnis an Unkosten können durch die Konzentration im Bankgewerbe nicht erzielt werden; im Gegenteil, die Unkosten wachsen, und derselbe geschäftliche Erfolg muß oft durch bedeutend höhere Aufwendung an Gehältern und sachlichen Ausgaben erkauft werden. Es bleibt also als Vorteil für das Zentralinstitut nur die Konzentration der Geschäfte, deren Gewinn direkt oder indirekt ihm zufließt, und daneben die größere Werbekraft der neuen Filialen in der Heranziehung von Depositengeldern. Dieser letztere Punkt spielt nun freilich bei der Entwicklung, die das Bankgeschäft in Deutschland genommen hat, fast allenthalben die Hauptrolle. Die Befriedigung des lokalen Kreditbedürfnisses, die Pflege von Geschäftsbeziehungen zu den Kleingewerbetreibenden und dem Mittelstand sind Aufgaben, welche die Großbank zwar in Folge der Fusion zunächst notgedrungen übernehmen muß, denen sie sich aber nur höchst ungern unterzieht und die sie nur pflegt, soweit sie von dem Hauptzweck, der Auffammlung von Depositen, gefordert werden. Während also das lokale Kreditinstitut die fremden Gelder fast ausschließlich zur Befriedigung lokaler Bedürfnisse verwandte und kein Interesse daran hatte, den Zufluß solcher Gelder über die Verwendungsmöglichkeit hinaus zu steigern, verfolgt die Großbankfiliale nach beiden Richtungen die umgekehrte Politik: die lokale Kreditgewährung wird eingeschränkt und die Heranziehung von Depositen forciert.

Diese Mittel fließen dann direkt oder indirekt dem Zentralinstitut zu und dienen ihm zur Stärkung seiner finanziellen Position. Nun ist freilich zuzugeben, daß so weitumfassende Aufgaben, wie sie die Politik der deutschen Großbanken sich gestellt und mit Erfolg gelöst hat, außergewöhnlich große Mittel erfordern, und daß daher vom Standpunkt der letzteren dies geschäftliche Gebaren richtig ist. Aber wer wollte die volkswirtschaftlichen Nachteile verkennen? Ist nicht die Kreditnot des Mittelstandes, zu deren Lösung sogar der Hansabund eine Preisaufgabe ausgeschrieben hat, eine direkte Folge dieses Geldabflusses? Werden nicht die Milliarden aufgesammelter Kapitalien zum Teil in einer Weise verwandt, die nur vom Standpunkt der Dividendenpolitik aus berechtigt erscheinen, von dem des Gemeinwohls aus aber sehr anfechtbar sind? Die übermäßige Kreditgewährung an die Großindustrie, die noch jüngst so viel erörterte Beteiligung an ausländischen Anleihen, die Begünstigung der Börsenspekulation gehören in dies Kapitel. Und von diesem Gesichtspunkt aus fällt meines Dafürhaltens auch das richtige Licht auf die periodischen Klemmen, unter denen unser Geldmarkt leidet. Wenn von Quartal zu Quartal die Ansprüche an die Reichsbank sprunghaft steigen und jetzt eine Höhe erlangt haben, wie sie nur bei krisenhaften Zuständen auf dem Geldmarkt einzutreten pflegt, obwohl doch die wirtschaftliche Lage eine im übrigen normale ist, so liegt die Erklärung für diese auffällige Erscheinung in der übermäßigen Konzentration unseres Geld- und Bankwesens. Je gewaltiger die Summen sind, die den Banken als Depositen zufließen, und je enger das Bett ist, in das dieser Strom schließlich geleitet wird, um so mehr wird eine Stöckung des Zuflusses oder gar ein Abfluß auf das zentrale Sammelbecken wirken. Die Depositengelder sind ja bekanntlich keine solchen, die den Banken zur dauernden Anlage überlassen werden; die Einleger fordern sie zurück, wenn ihr eigener Wirtschaftsbedarf sie dazu nötigt. Das ist in hervorragendem Maße an den Quartalsterminen der Fall, an denen sich nach deutscher Sitte eine Menge Zahlungen zusammen-drängen. Wird doch schätzungsweise der Quartalsbedarf für Hypotheken- und Zinszahlungen allein auf vierhundert Millionen beziffert! Dazu kommen die Anforderungen für Miete, für die Ernte im Herbst, für die Bestellung im Frühjahr, um nur einige der wichtigsten Posten herauszugreifen. Der größte Teil dieser Ansprüche klopft nun an die Kasse der Zentralstelle. Es ist ja die ganz natürliche Folge der Konzentration, daß die Zentralstelle, der alle überschüssigen Gelder zugeflossen sind, nun im Augenblicke des Bedarfs für alle ihre Filialen und direkt oder indirekt angeschlossenen Institute gerade zu stehen hat. Der vorhandene Druck überträgt sich also in verschärftem Maße. Nun ist die Zentralstelle aber nicht imstande, diesem Bedarf aus eigenen Mitteln zu entsprechen. Wir wollen annehmen, sie habe sehr vorsichtig disponiert und sei nach bankmäßigen Begriffen liquide. Sie wird dann wohl einen ansehnlichen Kassenbestand, Lombardfähige Wertpapiere und ein großes Wechselportefeuille haben. Der Kassenbestand ist aber selbstverständlich sehr viel

niedriger als der Kassenvorrat, den die Hunderte von selbständigen Instituten im ganzen zur Verfügung haben würden, wenn das Bankwesen nicht zentralisiert wäre. Für den Fehlbetrag muß also mehr auf das Wechselportefeuille zurückgegriffen werden, das ohnehin schon den Hauptteil der Mittel zur Bestreitung des Bedarfs liefern muß. So ist es schließlich die Reichsbank, die in die Bresche tritt. Denn sie ist nach der ganzen Organisation unseres Geldwesens „die Bank der Banken“, sie ist die einzige Stelle, bei der das fehlende Geld in Form von Noten gegen Diskontierung oder Verpfändung von Wechseln beschafft werden kann. Auch hier macht sich ein Nachteil der Zentralisation geltend, der in Kauf genommen werden muß, wenn man die außerordentlichen Wohltaten einer einheitlichen Notenbank nicht missen will. Die Folgen zeigen sich in einer sprunghaften Verschlechterung des Status der Reichsbank, die im letzten Frühjahrstermin über 700 Millionen Mark betragen hat und die ernstesten Besorgnisse erregen mußte. Liegt es doch im Bereich der Möglichkeit, daß bei solcher Inanspruchnahme die bare Notendeckung unter das gesetzliche Drittel sinken könnte. Das würde dann heißen: schnelle Suspendierung des Bankgesetzes oder Zwangskurs, wenn ein allgemeiner Bankerott vermieden werden soll. Wie aber einer solchen Gefahr steuern? Die Reichsbank hat es zunächst auf dem Wege einer Verschärfung der Lombardbedingungen versucht — ein Palliativ aber kein Heilmittel! Die Verfügung richtet sich nur gegen die unzweckmäßige Art, in welcher die Banken die Reichsbank in Anspruch zu nehmen pflegen. Um eine Zinsausgabe zu sparen, diskontieren sie nicht die Wechsel, sondern verpfänden sie. Da nun die Quartalsbedürfnisse sich stets nur auf wenige Tage verteilen und schon am Zweiten oder Dritten des neuen Monats ein kräftiger Rückstrom einsetzt, so ist es ihnen ein leichtes, die verpfändeten Wechsel wieder einzulösen oder, wenn die Minimalfrist für das Lombarddarlehen noch nicht abgelaufen ist, die Gelder an der Börse auszuleihen und dadurch die Zinseinbuße zu verringern. Dem will die Reichsbank entgegentreten, indem sie für Lombarddarlehen am Quartalstermin einen Zinszuschlag von zehn Tagen erhebt. Diese Zinseinbuße ist so erheblich, daß es vorteilhafter ist, Wechsel von der Lauffrist annähernd eines Monats zu diskontieren. Die Banken werden also diesen Weg der Geldbeschaffung vorziehen. In den diskontierten Wechseln erhält aber die Reichsbank wenigstens eine Notendeckung, was bei den bloß lombardierten nicht der Fall ist. Gegen eine Verminderung der baren Notendeckung kann sie sich aber auf diesem Weg nicht schützen. Es gibt überhaupt kein Mittel, die vorhandenen Ansprüche einzuschränken oder von der Reichsbank abzulenken. Es ist eine notwendige Folge der vorhandenen Zentralisation, daß sie letzten Endes die Reichsbank belasten. Aber freilich: bessern ließe sich manches, zwar nicht über Nacht oder auf dem Wege einer Verfügung, wohl aber durch eine Korrektur unserer Zahlungssitten. Die Zusammendrängung so vieler Zahlungsverpflichtungen auf die Quartalstermine ist keine Notwendigkeit. Hypotheken und Zinszahlungen könnten durch die Hypothekenbanken auf andere Termine verschoben

werden, die Auszahlung der Gehälter könnte einige Tage früher erfolgen (es handelt sich dabei um 800 Millionen Jahreszahlungen der Bundesstaaten!). Vor allem wäre aber die Bewegung und der Umsatz an barem Geld einzuschränken. Die großen Anstrengungen, die man zur Erreichung dieses Zieles vor einigen Jahren gemacht hat, sind ziemlich im Sande verlaufen. Eine Hypothekenabrechnungsstelle ist zwar in das Leben gerufen worden, aber sie erfreut sich nicht der Benutzung; den Scheckverkehr hat man durch eine unsinnige, aber auf Betreiben der Großbanken eingeführte Steuer im Entstehen erdroffelt, der Ausbreitung der Girokonten hat die Reichsbank selbst durch die Erhöhung der Minimalguthaben den Weg verlegt und den Postscheckverkehr, eine so vielversprechende Einrichtung, hat die Postverwaltung von vornherein durch Zinslosigkeit der Guthaben und fiskalische Gebühren verkrüppelt. Fehler über Fehler! Möge man sich beeilen, sie wieder gutzumachen!

Spectator

### Bücherliste

**Ewald, Carl:** Mutter Natur erzählt. Naturgeschichtliche Märchen. Autorisierte Gesamtausgabe von Hermann Kny, Bd. I. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Französische Verlagshandlung) in Stuttgart. Leinenband M. 4.80.

Die naturgeschichtlichen Märchen des bekannten dänischen Schriftstellers werden hier in einer sehr ansprechenden Form geboten. Es sind reizvolle Schilderungen, die einer genauen Beobachtung der Vorgänge in den Werkstätten der Natur ihre Entstehung verdanken. Das Buch ist mit vielen originellen Strichzeichnungen und einigen Tafeln geschmückt.

**Dörner, Anton:** Karl Domanig. Zum Geburtstag des Tiroler Dichters und Volksmannes am 3. April 1911. Hamm, Breer & Ahmann. M. 0.50.

**Grothe, Hugo:** Orientalisches Archiv. Illustrierte Zeitschrift für Kunst, Kulturgeschichte und Völkerkunde der Länder des Ostens. Heft 1 und 2. Leipzig, Karl W. Hiermann. à M. 7.50.

**Schönherr, Karl:** Aus meinem Merkbuch. Leipzig, S. Staackmann.

**Dreus, Arthur:** Die Christusmythe. Zweiter Teil. Jena, Eugen Diederichs. M. 3.—

**Sommer, Prof. Dr. med.:** Die Beziehungen zwischen Psychologie, Psychopathologie und Kriminalpsychologie vom Standpunkt der Vererbungslehre. Berlin, Allgem. Medizin. Verlagsanstalt. M. 0.80.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 und 1/2—1/2 Uhr. — Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Anzeigen-Aufnahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.

### Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

#### A. Für Akademiker.

- 444. Pfarrer, 1. 10., Oberbrunn.
- 453. Hauslehrer, erf. f. 10j. Knab., Mecklenburg.
- 454. Pfarrer, bald, Westpr.
- 475. Bürgermeister (4200 M.), 1. 7., Sachsen.
- 476. Philologe, f. Unterprim. f. d. Sommer, sofort, Brandenburg.
- 477. Stillsprebiger (2400 M.), 1. 9., Sachsen.
- 478. Pfarrer (3000 M.), 1. 12., Westf.
- 479. Tierarzt (250 M. mon.), bald, Sachsen.

#### B. Für Damen.

- 394. Erzieherin, ev., jg., mus., gepr., 1. 6., Sachsen.
- 449. Erzieherin, 1. resp. 15. 8., Mecklbg.
- 450. Erzieherin, gepr., mus. (im Ausland gew.), 1. 8.
- 456. Erzieherin, f. 11 jäh. Knaben, 1. resp. 15. 8., Mecklbg.
- 458. Erzieherin, f. 15 jäh. Mädch. (mus., ev., erf.), 1. 7., Hannover.
- 459. Erzieherin, f. 2 Mädch. (Mus.), 1. 7., Pommern.
- 461. Erzieherin, ev., mus., gepr., 1. 8., Ostpr.
- 483. Lehrerin, erf., ev., 1. 8., Hannover.
- 469. Erzieherin, ev., gepr., 1. 7., Nm.
- 470. Erzieherin, erf. in Sprach., Schlesien.
- 471. Erzieherin, ev., gepr., 1. 7., Schlesien.
- 480. Lehrerin, f. 1 Mädch. (Engl. u. Frz. im Auslande erf.), 1. 7., Posen.
- 481. Lehrerin, f. 3 Kind., f. einf. Fortshaus, 1. 10., Hannover.
- 482. Feingebild. Erzieherin, staatl. gepr., f. 11 jäh. Mädch., 1. 9., Bayern.
- 483. Erzieherin, ev., gepr., mus., f. 1 Mädch., 1. 8., Nm.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: Karl Schulze in Berlin-Schmargendorf.  
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.